



Düsteres Kapitel: In diesem Haus sollen im Dezember 2014 Chinesen illegal zum Arbeiten festgehalten worden sein

# Wie chinesische «Schlangenköpfe» die Schweizer Wirtschaft mit Sklaven beliefern

Menschenhandel betrifft nicht nur das Milieu, sondern auch den Bau, die Pflege und die Gastrobranche – jüngst wurde in Bern der Fall mehrerer Chinesen aufgedeckt, die für einen Hungerlohn in der Küche arbeiten müssen

Daniel Glaus, Linda von Burg (Text) und Marco Zanoni (Foto)

**Bern** Der Aschenbecher neben der Kegelbahn ist gefüllt mit Stummeln der Marke Marlboro. In der Sitzcke liegt ein blauer Schlafsack. Im Keller des einstigen Quartierrestaurants Burgernziel im Osten Berns traf man sich früher zum Kegeln. Jetzt ist es ein Tattort. Denn hier wurden mehrere Chinesen versteckt. Sie waren illegal im Land, mussten für einen Hungerlohn in Küche und Service arbeiten und durften das Haus nie verlassen. Bis im Dezember 2014 die Polizei eingeschritten ist.

Die Behörden vermuten, dass die Chinesen Opfer von Zwangsarbeit und Menschenhandel sind. Die Wirtfamilie stammt aus Vietnam, sie hat den Betrieb einige Wochen nach der Polizeikontrolle aufgegeben. Sie bestreitet die Vorwürfe. Heute führt eine andere Familie das Restaurant.

Während Menschenhandel im Sexgewerbe seit Jahren bekämpft wird, gehen die weniger anrüchlichen Branchen vergessen. Dabei ist Zwangsarbeit in der Schweizer Wirtschaft verbreitet: neben der Gastrobranche im Gerüstbau, in der Landwirtschaft, der Pflege, bei Putzfirmen und im Haushalt.

2014 waren nach Angaben des Bundesamts für Polizei (Fedpol) 93 Verfahren wegen Menschenhandel hängig, die meisten davon wegen sexueller Ausbeutung. Zahlen zur Ausbeutung in der Wirtschaft liegen keine vor. Das Fedpol spricht aber von einer grossen Dunkelziffer bei Zwangsarbeit von Asiaten in der Schweiz.

Einzelne Kantone haben schon vor Jahren runde Tische eingeführt, wo sich Fachleute aus Poli-

zei, Fremdenpolizei, Sozialdienst, Opferhilfe und NGOs austauschen. Heute Sonntag kommt eine private Initiative hinzu, die Meldestelle Act212. Über eine Hotline sollen anonyme Hinweise gesammelt werden (siehe Kasten).

Alexander Ott, Chef der Berner Fremdenpolizei, unterstützt die Meldestelle. Er zeigt sich erschüttert über Menschenhandel und Ausbeutung. Sie sind möglich, weil in etlichen Ländern Hunderttausenden nur eine Wahl bleibt. «Entweder gar nichts haben und bleiben oder mit der Hoffnung auf ein bisschen mehr einem vermeintlich lukrativen Angebot folgen.» Wenn seine Beamten mit ausgebeuteten Putzfrauen sprächen, müsse man diesen zuerst klarmachen, dass sie überhaupt ausgebeutet worden seien.

## Vermeintliche Opfer haben jede Aussage verweigert

Der Fall der Chinesen in der Kegelbahn scheint komplex. Fremdenpolizeichef Ott will sich dazu nicht äussern, er bestätigt nur, dass im Dezember 2014 im Restaurant eine Kontrolle durchgeführt worden ist. Neben seinen Beamten seien die Arbeitsmarktaufsicht und die Gewerbspolizei beteiligt gewesen.

Die Vietnamesin, die das Restaurant betrieben hat, räumte im Gespräch mit der SonntagsZeitung ein, die Polizei sei dreimal vorbeigekommen, «einmal mit elf Mann». Von illegalen Chinesen in der Kegelbahn will sie nichts wissen. «Einmal hat mein Mann dort geschlafen», mehr sagt sie nicht.

Welche Rolle die Frau genau spielt, bleibt schleierhaft. Nachbarn kennen die Familie seit langem und beschreiben sie als gut integrierte und sympathische Quar-



Bern Ost: Diente die Sitzcke in der ehemaligen Kegelbahn als Schlafplatz für illegale Mitarbeiter?

## Neue Hotline für Menschenhandel-Verdachtsfälle

Heute nimmt die Meldestelle Act212 ihren Betrieb auf. Per Telefon und über ein Internetformular können Beobachtungen über Menschenhandel deponiert werden. Die Stelle leitet sie anonymisiert an spezialisierte Polizeieinheiten weiter.

Initiantin Irene Hirzel will damit Personen ansprechen, die sich nicht direkt an die Polizei wenden wollen: **Im Sexgewerbe vor allem Freier, die Zwangsprostitution vermuten, aber auch Pflegepersonal oder Ärzte, denen auffällt, dass eine Patientin regelrecht von einer Begleitperson bewacht wird, oder wenn ihnen Verletzungen auffallen.** Neben Fällen aus dem Sexmilieu will Act212 künftig auch gegen Arbeitsausbeutung in der Wirtschaft vorgehen. Melden sollen sich Restaurantgäste, Bauarbeiter oder Nachbarn, die Zwangsarbeit vermuten.

Hirzel hat mehrere Meldestellen im Ausland analysiert. Dort habe sich gezeigt, dass dank Hinweisen aus der Bevölkerung deutlich mehr Fälle aufgedeckt würden.

Telefon: 0840 212 212, Internet: [www.act212.ch](http://www.act212.ch)

tierbewohner. Möglich ist, dass die Vietnamesin offiziell den Betrieb führte, jedoch Hintermänner das Sagen hatten.

Verurteilungen in diesem Fall dürften schwierig werden, denn das zentrale Beweisstück, um Menschenhandel nachzuweisen, fehlt: Die vermeintlichen Opfer haben jede Aussage verweigert.

## Entzug der Papiere, horrenden Schulden von der Reise

Chinesen, die in der Schweiz im Untergrund leben und ausgebeutet werden, scheinen ein wachsendes Phänomen zu sein. Darauf spezialisiert hat sich Thomas Roth von der Organisation [Trafficking.ch](http://Trafficking.ch). Roth sagt, die Chinesen befänden sich auf einer Art Europatour. Zuerst Küche oder Service in der Schweiz, wobei die Bedingungen ähnlich seien wie in der Zwangsprostitution: Entzug der Papiere, kaum Kontakt zur Aussenwelt, horrenden Schulden von der Reise. «Nächste Station ist Norditalien oder Spanien, wo sie Kleider nähen müssen. Die Sweatshops sehen aus wie in Bangladesch, also engste Verhältnisse, kein Tageslicht, es ist heiss und geschlafen wird in Massenschlägen oder am Boden.» Anschliessend würden Frauen in Bordelle weitergereicht. Männer schufteten als Erntehelfer oder Bauarbeiter.

Bei den Opfern handelt es sich meist um Chinesen aus ärmsten Verhältnissen, nicht selten von den eigenen Eltern losgeschickt, die einen Teil der Reise bezahlen. Nach Europa gelangen sie mithilfe sogenannter Snakeheads, Schlangenköpfe, wie Roth sagt. «Bei den Menschenmugglern müssen sich die Opfer mit bis zu 150 000 US-Dollar verschulden. Zudem besteht

Druck von den Eltern, einen Teil des Lohnes nach Hause zu schicken», erklärt er. Die illegalen Arbeitgeber, an die die Opfer von den Schlangenköpfen regelrecht geliefert werden, bezahlen so schlecht, dass kaum Schulden beglichen werden können. So steige auch der Druck, in die Prostitution umzuweichen, wo ein etwas höherer Verdienst lockt. Bis zu zehn Jahre könne diese faktische Gefangenschaft dauern, sagt Roth.

Die Massnahmen der Behörden schaden den Opfern zuweilen mehr, als sie helfen. Denn wird ein illegaler Arbeiter erwischt und in ein Schengenland oder die Heimat zurückgeschafft, wartet dort schon ein anderer Schlangenkopf, der ihn an den nächsten ausbeuterischen Arbeitsort vermittelt.

Organisiert wird diese Schattenwirtschaft von einem losen Netzwerk, meist leben die Drahtzieher in chinesischen Gemeinschaften in Europa. Sie bieten ihre «Dienstleistungen» an: Sie wissen, wo ein Restaurant frei ist, vergeben Kredite für Investitionen, kümmern sich um Geldtransfers in die Heimat. Sie stellen sicher, dass Reisebusse mit chinesischen Touristen vor dem «richtigen» Restaurant haltmachen. Und sie rekrutieren Personal für Branchen zu unschlagbaren – nach Schweizer Recht meist illegalen – Konditionen. Für die Dienstleistungen fällt eine Gebühr an. Diese wird zuweilen kreativ eingetrieben: Man verkauft ein Aquarium mit angeblich besonders wertvollen Zierfischen.

Wer einmal in dieser Schattenwirtschaft gefangen ist, entkommt kaum. Denn die Schlangenköpfe wissen, wo die Familie wohnt.

[recherchedesk@sonntagszeitung.ch](mailto:recherchedesk@sonntagszeitung.ch)